Nr. 32. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 19. Januar 1895.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Zum Präsidentenwechsel in Frankreich.

Viel bemerkt wird in der Ansprache, die der neue Präsident der französischen Republik, Faure, nach seiner Wahl an den Präsidenten des Senats, Challemel-Lacour, richtete, der den Vorsitz in der Nationalversammlung geführt hatte, die Stelle: „Von jetzt an höre ich auf, einer Partei anzugehören, um der Schiedsrichter zwischen allen zu werden." Auf die Sozialisten und die Radikalen der Deputirtenkammer wird dieser Hinweis allerdings auch nicht den geringsten Eindruck machen; verlangen sie doch vielmehr von dem Präsidenten der Republik gerade, daß er ihren Forderungen Genüge leiste. Dagegen verdient die Einmüthigkeit hervorgehoben zu werden, mit der die Rechte für Faure gestimmt hat. Unmittelbar vor der Präsidentenwahl hielten die Mitglieder der Rechten des Senats und der Deputirtenkammer eine Parteiversammlung im Hotel des Reservoirs zu Versailles, wo zur Zeit der Nationalversammlung ihre damals stattliche Partei ihr Quartier hatte. Ueber die gefaßten Beschlüsse wurde vorgestern Stillschweigen beobachtet. Diejenigen sahen sich aber dann in ihrer Annahme getäuscht, die geglaubt hatten, daß die Rechte mit dem Muthe des Pessimismus für den radikalen Kandidaten Brisson stimmen würde, um den Untergang der Republik zu beschleunigen.

Das Pronunziamiento des Herzogs von Orleans hat in Frankreich zumeist nur einen Heiterkeitserfolg hervorgerufen. Es wird behauptet, „prince Gamelle" habe seinen Aufenthalt in Dover, wo er „Frankreich retten" wollte, zumeist damit zugebracht, daß er sich zu wiederholten Malen photographiren ließ.

Der gestern eingetroffene „Temps" theilt den Wortlaut des Briefes mit, den der sozialistische Abgeordnete Mirman, der gegenwärtig seiner Militärpflicht genügt, an die Versailler Nationalversammlung gerichtet hat. Mirman protestirt in diesem Schreiben gegen die „antikonstitutionelle Situation", die ihm bereitet worden, da der von ihm erbetene Urlaub von der Militärbehörde abgeschlagen worden ist. Die Angriffe des sozialistischen Abgeordneten Avez auf den Präsidenten der Nationalversammlung Challemel-Lacour bezogen sich denn auch auf die Abwesenheit Mirmans. Ohne daß dieser Zwischenfall eine Unterbrechung des Namensaufrufes zur Folge hatte, schrie Avez, als Mirmans Name aufgerufen wurde, dem Präsidenten zu: „Wir protestiren entschieden gegen die Abwesenheit des Bürgers Mirman. Erinnern Sie sich, daß Sie Kommunard und Revolutionär gewesen sind, Sie aufgeblasener und verkaufter Mensch." Als ein anderer Sozialist Toussaint seine Stimme abgab, rief er: „Vive la Sociale!" In der Deputirtenkammer steht dem Präsidenten das Recht zu, wegen solcher Insulten die Kammer zu vertagen, worauf dann die vorübergehende Ausschließung eines Abgeordneten erfolgen kann. Immerhin beweisen die Zwischenfälle in der Nationalversammlung, in welchem gereizten Zustande sich die äußerste Linke befindet.

Trotzdem erwartet man in Frankreich, daß der neue Präsident der Republik sich minder empfindlich erweisen werde, als sein Vorgänger Casimir-Perier. Als Kuriosum verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die Rhedereifirma Felix Faure u. Co. noch unter dem 12. Januar d. J. ein in deutscher Sprache abgefaßtes Geschäfts-Zirkular nach Deutschland versendet hat, über das gestern an der hiesigen Börse mehrfach gesprochen wurde. Ob der Präsident der Republik noch Mitglied dieser Firma ist, resp. ob er dies als Marineminister noch war, steht dahin.

Paris, 18. Januar. Präsident Faure empfing heute Nachmittag 5 Uhr, nachdem Challemel-Lacour ihn verlassen, Brisson. Diese Unterredung währte eine Stunde und war zweifellos von hoher Bedeutung. Der Präsident bot Brisson die Kabinetsbildung an, Brisson lehnte jedoch ab und rieth, Bourgeois zu berufen. Es ist sehr wohl möglich, daß Präsident Faure, von dem gesagt wird, daß er die Kabinetskrisis schnellstens zu beenden wünsche, diesem Rathe folgt. Freilich erscheint es noch zweifelhaft, ob Bourgeois annehmen wird. Seine Berufung würde eine Wiederaufnahme der Konzentrationspolitik bedeuten. Brisson rieth auch seinem siegreichen Konkurrenten, die Häupter aller parlamentarischen Parteien einzuladen und dieselben über die Situation zu befragen. Es scheint nach alledem, als ob Diejenigen, welche die Wahl Faures für einen Ruck nach rechts ansehen, Unrecht behalten sollen. Es ist auch sowohl aus mündlichen wie aus gedruckten Aeußerungen zu entnehmen, daß die Stimmung selbst der extremen Parteien für den neuen Präsidenten sich seit gestern wesentlich gebessert hat.

Paris, 18. Januar. Felix Faure schenkte dem Personal des Saint-Lazare-Bahnhofs 500 und gab für wohlthätige Zwecke 25 000 Franks, darunter den Pariser Armen 20 000, denen von Havre 1500 Franks 2c. Diese Handlung und die durch die heutigen Morgenblätter bekannt gewordene bescheidene Herkunft Faures stimmen das Volk bemerkenswerth zu seinen Gunsten um. Die Menge, die heute Vormittag vor dem Elysee angesammelt war, begrüßte ihn bei Ankunft und Abfahrt mit warmen Hochrufen, die sichtlich nicht polizeilich bestellt waren. Die beiden sozialistischen Abgeordneten Defontaine und Basly erklären ihren Austritt aus der sozialistischen Kammergruppe, weil deren Führer ihre Namen, ohne sie zu befragen, unter die heute bereits gemeldete heftige Kundgebung gegen Faure gesetzt hatten. Der neue Präsident verabschiedete sich heute von den hohen Beamten des Marineministeriums, dessen laufende Geschäfte einstweilen Dupuy führen soll. Von 9 bis 12 Uhr war er im Elysee, wo er Unterschriften vollzog und Glückwunschabordnungen empfing. Am Nachmittag besuchte er Frau Carnot. Er bedient sich der Elyseewagen, die noch Casimir-Periers verschränkte Anfangsbuchstaben tragen. Zwischen dem vorigen und dem neuen Präsidenten hat seit gestern Abend keine neue Begegnung stattgefunden. Meldungen aus der Provinz stellen die große Befriedigung des Landes über die rasche und ruhige Beendigung der Krise fest. Waldeck-Rousseau wurde heute bei seinem Erscheinen im Senatswandelgange mit einer warmen Kundgebung begrüßt; man rechnet ihm sein rechtzeitiges Zurücktreten und sein Werben für den Nebenbuhler hoch an. Mit der Kabinetsbildung konnte sich Faure heute noch nicht beschäftigen.

Paris, 18. Januar. Noch befindet sich der neue Präsident Faure keine 24 Stunden im Amte und schon regnet es in allen radikalen Blättern wüthende Angriffe auf den Neugewählten, dem eine nur kurze Amtszeit vorausgesagt wird. Die „Petite Republique francaise" nennt Faure den Vorläufer eines reaktionären Diktators. Die Sozialisten beabsichtigen, die Verlesung der Botschaft des neuen Präsidenten in der Kammer zu feindlichen Kundgebungen gegen Faure zu benutzen. Allgemein herrscht die Ansicht von der Nothwendigkeit einer Kammerauflösung vor.

Beim Empfange der Vertreter der Presse erklärte Faure, seine vornehmste Sorge werde die Bekämpfung des Sozialismus sein; er versprach, Muth und Ausdauer bei der Erfüllung dieser Aufgabe an den Tag legen zu wollen. Dieses Versprechen macht den besten Eindruck.

* * *

Aus dem Auslande liegen uns heute weitere Nachrichten vor:

Wien, 18. Januar. Die „Neue Fr. Presse" sagt, die Wahl Felix Faures zum Präsidenten der französischen Republik hat eine ernste und grundsätzliche Bedeutung und die größte Tragweite, denn die Wahl Brissons wäre ein Geständniß der Furcht vor Jaures und der Arbeiterbörse gewesen. Das Blatt hebt die feste politische Ueberzeugung und die ehrenhafte, milde Gesinnung des Präsidenten hervor, der der volksthümlichste Friedensstifter werden könne. Das „Fremdenblatt" nennt Faure einen Vermittelungspräsidenten, von dem ein gewagtes Unternehmen nicht erwartet werde und hebt den Gegensatz hervor, daß ein von der Mehrheit der Kammer geschlagener Minister von der Mehrheit des Kongresses an die Spitze des Staates gestellt werde. Die „Presse" bezeichnet die Wahl Faures als einen Sprung ins Unbekannte, Faure selbst als einen Selfmademan vom Schlage des Präsidenten der Vereinigten Staaten, und weist besonders auf die Ruhe und Regelmäßigkeit des Wahlaktes hin. Das „Neue Wiener Tagblatt" glaubt, die Wahl markire nicht die Versöhnung, sondern eine unheilbare Spaltung der Republikaner. Das „Wiener Tagblatt" bezeichnet Faure als einen gemäßigten, in keinerlei Finanzsachen verwickelten Mann und nennt ihn einen zweiten Carnot.

Rom, 18. Januar. Fast sämtliche Abendblätter kommentiren die Wahl Faures in skeptischem Sinne. Die „Riforma" verspricht sich von dem Regime Faures nur dann Ersprießliches für Frankreich, wenn die republikanische Regierungspartei noch energischer und einmüthiger als bisher gegen die destruktiven Parteien vorgehe. Das genannte Blatt zieht ferner einen Vergleich zwischen Casimir-Perier, der seinen Posten verließ, und Crispi, der im tobenden Orkan furchtlos aushalte. Die „Opinione" weist auf den zunehmenden Verfall der Republik Frankreich hin. Das Land scheine bald wieder für die Monarchie oder den Cäsarismus reif. Ebenso urtheilt die „Italie", die Faure der schwierigen Aufgabe nicht gewachsen glaubt. Frankreich dränge geradezu wieder der Monarchie zu; die Wahl des neuen Präsidenten könne darum nichts Gutes bedeuten. Auch das Organ des Vatikans, „Osservatore", befürchtet schlimme Konjekturen, erkennt jedoch den konservativen und religiösen Sinn Faures an. Nur der „Diritto" erblickt in der Wahl Faures einen neuen Beweis für die Stabilität der Republik.

Peterburg, 18. Januar. Die „Nowosti" betrachten vom Gesichtspunkte der auswärtigen Politik die Wahl Faures für eine beruhigendere Thatsache, als es die Wahl Brissons gewesen wäre. In der inneren Politik werde die neue Präsidentschaft die Fortsetzung der gemäßigt-republikanischen Politik Casimir-Periers unter vorwiegendem Einflusse des Opportanismus sein. Der „Swjet" bezeichnet die Wahl als eine glückliche. Faure sei ein Staatsmann von großen Fähigkeiten und vieler Erfahrung. Er werde die Republik der Bourgeoisie fortführen, von der die Freunde Frankreichs (das Blatt versteht darunter seine panslawistischen deutschfeindlichen Gesinnungsgenossen) wünschen möchten, daß sie etwas mehr von militärischem Geist durchdrungen wäre.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar. Der bisherige kaiserl. russische Botschafter am diesseitigen Hofe, Graf Paul v. Schuwalow, ist gestern Abend 10 Uhr 50 Minuten nebst Familie von Berlin abgereist, und dem scheidenden Botschafter wurden beim Verlassen der deutschen Reichshauptstadt in der That fürstliche Ehren erwiesen, ein Beweis, in welch hohem Grade derselbe sich die Liebe aller Kreise erworben hat. Gegen $10^1/_2$ Uhr fand sich im unteren Raume des Bahnhofes Friedrichstraße das gesamte Offizierkorps des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 ein, dem viele Offiziere des Garde-Kürassier-Regiments folgten. Nach und nach erschienen: die Herren des Hauptquartiers Sr. Majestät des Kaisers und Königs, mehrere höhere Beamte des Auswärtigen Amtes und der Hofstaaten, die Mitglieder der kaiserlich russischen Botschaft in corpore, Mitglieder des diplomatischen Korps, höhere Beamte aus den Ministerien u. s. w. Graf Schuwalow nebst Gemahlin hatten sich zunächst in den fürstlichen Gemächern des Bahnhofes Friedrichstraße eingefunden, woselbst kurz nach $10^1/_2$ Uhr auch Seine Majestät der Kaiser eintrafen, um Sich noch einmal von dem scheidenden Freunde, wie Seine Majestät Allerhöchstselbst den Grafen Schuwalow zu nennen geruhte, zu verabschieden. Auch das Offizierkorps nahm hier Abschied von dem Grafen und begab sich sodann auf den Bahnsteig, wo inzwischen der Zug eingelaufen war. Kostbare Blumenbouquets wurden der Gräfin überreicht, Maiglöckchen, Flieder, Orchideen und Rosen waren in den Arrangements zahlreich vertreten. Seine Majestät hatte einen prächtigen Strauß aus Maiglöckchen und Flieder der Gräfin überbracht, die Gräfin Perpoucher ein herrliches Rosenbouquet. Alsbald erschien Seine Majestät, die Gräfin Schuwalow am Arme führend, auf der Treppe zum Perron, gefolgt vom Grafen Schuwalow. Auf dem Bahnsteige fand sodann ein ergreifender Abschied zwischen Seiner Majestät und dem Botschafterpaare statt. Der Kaiser küßte der Gräfin die Hand, umarmte und küßte den Grafen, der sich der Thränen nicht erwehren konnte und diese vergeblich zu trocknen suchte. Auch Seine Majestät war sichtlich gerührt und schritt ernsten Antlitzes an der Seite des Generaladjutanten von Plessen, nachdem den Zug abgefahren war, die Treppe hinunter, um nach dem königl. Schlosse zurückzufahren.

— Wie ein hiesiger Referent aus sicherer Quelle erfahren haben will, hat Graf Münster, seitdem er wieder in Berlin weilt, sowohl von Seiten des Kaisers wie des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe eine ganze Reihe von bemerkenswerthen Aufmerksamkeiten erfahren, aus denen sich deutlich ergiebt, daß seine angeblich „erschütterte" Stellung als Botschafter mehr als je gefestigt dasteht. Erst noch am Vorabend seiner Ankunft aus Paris waren hier und in Hamburg gegen ihn in Bezug auf die Behandlung der Dreyfuß-Affaire die heftigsten Angriffe laut geworden, und es wurde angedeutet, als ob man an maßgebender Stelle mit seinem Verhalten durchaus nicht zufrieden sei. Ein hiesiges Blatt hatte sogar die Frage aufgeworfen, ob es nicht angezeigt wäre, das Verhalten des Botschafters in der Form einer Interpellation vor den Reichstag zu bringen. Seitdem aber haben sich in Paris die letzten Ereignisse abgespielt, die in ihrem ganzen ursächlichen Zusammenhang auf das klarste erkennen lassen, daß alle diese Angriffe unbegründet sind. Zunächst scheint festzustehen, daß der Botschafter, der als ein gründlicher Kenner der französischen Verhältnisse gilt, hier an leitender Stelle rechtzeitig die Möglichkeit einer solchen Wendung vorausgesagt hatte. Andererseits aber muß es sofort einleuchten, daß die ganze Lage, soweit Deutschland in Betracht kommt, in einem ganz anderen Lichte erscheinen würde, wenn der Botschafter in seinen Verwahrungen hinsichtlich des Falles Dreyfuß kategorischer vorgegangen wäre. Es ist somit erklärlich, daß man im Schlosse und in der Wilhelmstraße eingesehen hat, daß alle jene Angriffe gegen den Botschafter unberechtigt sind, und daß keinerlei Grund vorliegt, ihn von seinem verantwortungsvollen Posten ablösen zu lassen. Wie verlautet, wird Graf Münster bereits am 24. d. M. wieder in Paris die Leitung der Geschäfte übernehmen.

— Gestern, am Jahrestage jener großen Arbeitslosenversammlung am Friedrichshain, die trotz ihres Nichtzustandekommens die Scenen zwischen Polizei und Arbeitslosen veranlaßte, hat die sozialdemokratische Parteileitung acht „Arbeitslosenversammlungen" veranstaltet. Ueberall wurde dieselbe Resolution angenommen. Die Versammlungen verliefen, soweit Meldungen vorliegen, ruhig.

— Ueber die Berufung des Staatsraths und die Mitgliedschaft in demselben bringt die „Nordd. Allg. Ztg." folgende Mittheilung:

Die in den Blättern umlaufenden Meldungen von einer in naher Frist zu erwartenden Berufung des Staatsrathes enthalten einen zutreffenden Kern; doch ist Endgültiges über die Verhandlungsgegenstände, sowie über die Frage, ob der gesamte Staatsrath oder nur ein Theil desselben einberufen werden wird, noch nicht entschieden. Dieser Theil würde, da das allgemeine Ziel der Berathungen: Mittel und Wege zu finden, wie der Landwirthschaft geholfen werden kann, feststeht, die wirthschaftliche Gruppe des Staatsraths sein. Die Mittheilung, daß Graf Kanitz in den Staatsrath berufen wäre, ist unzutreffend; doch steht die Berufung einer Anzahl neuer Mitglieder in Absicht, und es ist möglich, daß die Wahl auch auf den Grafen Kanitz fallen wird. Wenn weiter im Rahmen der erwähnten Meldungen auch die Frage erörtert worden ist, ob Fürst Bismarck noch dem Staatsrath angehöre, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Frage bejaht werden muß. Wenn aktive Staatsminister kraft ihres Amtes dem Staatsrath angehören und bei Abgabe ihres Ministerportefeuilles auch aus dem Staatsrath ausscheiden, so kann diese Regel doch nicht auf Diejenigen Anwendung finden, die nicht erst als Staatsminister und auf Grund dieser Eigenschaft dem Staatsrath beigetreten sind, sondern schon vorher „aus besonderem königlichen Vertrauen" Sitz und Stimme in dieser Körperschaft erhalten haben. In diesem Falle kann die Mitgliedschaft, die nicht durch das Minister-Amt geschaffen ist, auch nicht durch den Wegfall letzteren Charakters beseitigt sein; es entfällt alsdann lediglich von zwei Gründen der Mitgliedschaft der eine. So gehört beispielsweise der am 11. Juni 1884 in den Staatsrath berufene spätere Minister Herr v. Heyden-Cadow noch heute dem Staatsrath an, und ebenso würde bei dem unter demselben Datum zum Mitglied des Staatsraths ernannten Minister für Landwirthschaft Frhrn. v. Hammerstein-Loxten diese Mitgliedschaft indelebilis sein. Die unanfechtbare Logik dieser Schlußfolgerung kann durch Abweichungen in der Handhabung der Regel nicht aufgehoben sein, und ebenso wenig ergiebt sich aus der in den letzten Jahren befolgten Praxis der Veröffentlichungen des Staats-Handbuchs ein maßgebendes Gesetz."

Die „Nat.-Ztg." bemerkt dazu:

„Wir haben die hier als „unanfechtbar" bezeichnete Auffassung schon vor zehn Jahren für die richtige gehalten; aber eine Thatsache ist, daß ein Jahrzehnt hindurch, von der Wiederberufung des Staatsraths im Jahre 1884 bis auf die jüngste Zeit, zuerst also unter der Ministerpräsidentschaft des Fürsten Bismarck, anders verfahren worden ist, und zwar nicht blos auf dem Papier des Staatshandbuchs, sondern in den Verhandlungen des Staatsraths. Soll jetzt zu der 1884 erlassenen Praxis zurückgekehrt werden, womit wir ganz einverstanden sind, so muß eben offen konstatirt werden, daß eine als unrichtig erkannte Auslegung aufgegeben wird; denn wenngleich der Staatsrath seit der Einführung einer konstitutionellen Verfassung eine Institution von äußerst geringer, um nicht zu sagen: gar keiner Bedeutung ist, so darf doch auch bei den ihn betreffenden Rechtsfragen nicht das Beispiel einer scheinbar willkürlichen und jedenfalls formlosen Behandlung gegeben werden. Hiermit erledigen sich auch Bemerkungen, welche die „Kreuzztg." mit gewohnter Abgeschmacktheit über den Gegenstand macht, indem sie uns gegenüber zum Theil Argumente vorbringt, die gerade wir angeführt, und die Rechtsfrage derart entstellt, als ob es sich dabei um die Berufung oder Fernhaltung einzelner Personen, des Fürsten Bismarck oder des Staatsministers Dr. Delbrück handelte."

— An eine Versammlung, welche vor einigen Tagen in dem Hauptorte des Wahlkreises des Abg. v. Bennigsen, in Osterholz-Scharmbeck, stattfand, um über die geplante neue Tabakfabrikatsteuer zu beschließen, hat Herr v. Bennigsen, der zu der Versammlung eingeladen war, sein Ausbleiben aber entschuldigt hatte, folgendes Schreiben gerichtet: „Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 7. d. M. erwidere ich ergebenst, daß ich schon wegen der Reichstagsverhandlungen nicht in der Lage bin, am 12. und 13. d. M. an den im Wahlkreise beabsichtigten Volksversammlungen über die Tabaksteuerfrage theilzunehmen. Im Uebrigen bemerke ich ergebenst, daß voraussichtlich der Steuergesetzentwurf in diesem Jahre in einer abgeschwächten, das Tabakgewerbe mehr schonenden Form eingebracht werden wird. Es wird sich dann darum handeln, ob das Finanzbedürfniß im Reich als dringend nachgewiesen wird, ob dabei die Herbeischaffung höherer Mittel aus dem Tabak unvermeidlich ist und ob endlich die vorgeschlagene Art der Besteuerung in diesem Falle als eine erträgliche anzusehen ist, mit deren Annahme zugleich der Vortheil erreicht würde, welcher keineswegs ein unbedeutender wäre, daß das Tabakgewerbe mit weiteren Steuerprojekten zur Ruhe kommt. Hochachtungsvoll (gez.) R. v. Bennigsen."

— Ein konservativer Parteitag für Berlin ist Ende dieses Monats oder Anfang Februar in Aussicht genommen.

— Im Auftrage des Zentralkomitees zur Vorbereitung einer Huldigungsfahrt der Schlesier zum Fürsten Bismarck haben sich die Herren Kaufmann Arthur Otto Stentzel und Partikulier M. Matthias aus Breslau nach Friedrichsruh begeben und daselbst mit Dr. Chrysander verhandelt. Hierbei ist, wie der „Schles. Ztg." mitgetheilt wird, die Ausführung der Huldigungsfahrt für den Monat Mai in Aussicht genommen.

— Der vom Reichstage angenommene Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes dürfte, wie das „B. T." glaubt, diesmal bei der Reichsregierung bezw. dem Bundesrathe eine freundlichere Aufnahme finden als im vorigen Jahre. Man wird kaum fehl gehen, wenn man die vorsichtige Haltung, die das Zentrum der Umsturzvorlage gegenüber an den Tag legte, mit dieser Wendung in den Anschauungen der verbündeten Regierungen in Zusammenhang bringt.

— Ueber die Suspension des Predigers Dr. Lisco in Rummelsburg berichtet das „Neue Ev. Gemeindeblatt" des Näheren:

„Prediger Dr. Lisco hat seit dem Herbst die Verlesung des sogenannten apostolischen Glaubensbekenntnisses aus Gewissensbedenken unterlassen. Er hat die kirchlichen Behörden um Anweisung gebeten, in welcher Weise er das Apostolikum bei Taufen, Einsegnungen und Hauptgottesdiensten ersetzen solle. Am 7. Dezember ist über ihn die vorläufige Suspension verhängt, am 8. Januar die Disziplinaruntersuchung gegen ihn eingeleitet worden, mit dem Begründen, daß er die allgemeinen und besonderen Ordnungen der Kirche nicht gewissenhaft beobachtet habe. Prediger Lisco stützt seine Weigerung, das Apostolikum zu verlesen, auf den Satz der alten Legende, daß agendarische Normen nur den Zweck haben, eine heilsame Einhelligkeit in gottesdienstlichen Gebräuchen herzustellen „ohne die theuer errungene Glaubens- und Gewissensfreiheit zu beschränken". (Alte Agende S. III.)

— Die Obligationen der russischen ersten Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1864, deren Koupons abgelaufen sind, sollen nach Bestimmung der russischen Regierung gegen neue, die gleichen Serien- und Gewinnnummern tragende Schuldtitel umgetauscht werden. Von dieser Maßnahme werden auch diejenigen Stücke betroffen, welche seinerzeit auf Grund des Reichsgesetzes über die Inhaberpapiere mit Prämien vom 8. Juni 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 210) mit dem deutschen Stempel versehen worden sind. Die Anzahl derselben belief sich nach statistischen Ermittelungen auf rund 159 000, wovon sich — unter Berücksichtigung der inzwischen stattgehabten Auslosungen — noch etwa 130 000 Stück im Umlauf befinden dürften. Den Besitzern dieser Schuldverschreibungen droht durch den Umtausch eine Benachtheiligung insofern, als die ihnen zu verabfolgenden Ersatzstücke — mangels gehöriger Abstempelung — von dem Verkehr in Deutschland ausgeschlossen sein würden. Um eine derartige Benachtheiligung von den Loosinhabern abzuwenden, hat der Reichskanzler bei dem Bundesrathe den Antrag gestellt, daß die an Stelle vorschriftsmäßig abgestempelter Loose ausgefertigten Ersatzstücke durch Aufdruck einer besonderen Bescheinigung als in Deutschland umlaufsfähig anerkannt werden, wie solches in ähnlichen Fällen bereits wiederholt, insbesondere hinsichtlich der österreichischen 1860er Loose geschehen ist.

— Wie von einer Stelle, die es wissen könnte, mitgetheilt wird, wird von konservativer und freikonservativer Seite im Reichstage eine Interpellation wegen der Maßnahmen vorbereitet, welche die Regierungen zu ergreifen gedenken, um die Eichenschälwaldungen und die heimische Lohe-Industrie vor der Konkurrenz zu schützen, die ihr durch die Einführung des Quebrachoholzes erwächst. Damit wird ein anderer Weg eingeschlagen, als mit dem Antrage auf Einführung eines Quebrachozolles, der, wie wir des öfteren nachgewiesen haben, wegen der Handelsvertragsverhältnisse gänzlich unmöglich ist, jedoch immer noch nicht der richtige. Wird die Interpellation so abgefaßt, wie oben dargelegt, so hätte der Vertreter der verbündeten Regierungen die Möglichkeit, zu erwidern, daß die Interpellation von einer falschen Voraussetzung ausgeht. Der Vertreter der preußischen Regierung hat in der Agrarkommission des preußischen Abgeordnetenhauses an der Hand amtlicher Zahlen nachgewiesen, daß die Preise für Eichenspiegelrinde der Staatsforsten in der Zeit von 1886/87 bis 1892/93 nicht nur nicht gesunken, sondern sogar etwas gestiegen sind. Da nun das Quebrachoholz erst seit dem Jahre 1888 in namhafter Menge nach Deutschland eingeführt wird, so hat dieses Holz unmöglich auf den Preis der heimischen Eichenlohe einen Druck ausgeübt. Weit richtiger wäre es, die Interpellation so abzufassen, daß die Regierungen nach den Maßnahmen befragt werden, welche sie zur Förderung der deutschen Eichenschälwaldungen zu ergreifen gedenken, ohne daß des Quebrachoholzes Erwähnung gethan wird. Dann allerdings würde sich die Sache zu einer Besprechung im Reichstage nicht eignen, denn die Forstverwaltung ist Sache der Einzelstaaten und diese Angelegenheit haben die an der Eichenschälwaldkultur hauptsächlich interessirten Staaten, wie Preußen, Baiern, Baden und Hessen, die zusammen einige 90 Prozent des deutschen Eichenschälwaldes besitzen, für sich allein abzumachen. Jedoch nur so könnten die Interessen der Eichenschälwaldbesitzer gefördert werden. Der Oberlandforstmeister Donner erklärte in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 7. Mai 1894, daß die Staatsregierung, die sich seit langer Zeit mit den Verhältnissen des Eichenschälwaldes beschäftigt habe, für jeden Vorschlag dankbar sein würde, der geeignet wäre, die Unzuträglichkeiten, die augenblicklich für den Schälwald bestehen, zu beseitigen. Nur der Quebrachozoll würde nicht zum Ziele führen. Bei den Einzelregierungen also wäre der Platz, Vorschläge zur Hebung der Lage der Eichenschälwaldbesitzer einzubringen. Allerdings hat man bisher nichts davon vernommen, daß solche gemacht seien. Wenn man sich immer nur darauf beschränkt, das Quebrachoholz für die gegenwärtigen Verhältnisse des Eichenschälwaldes verantwortlich zu machen, während doch die Preisestatistik nachweist, daß das Quebrachoholz auf die Lohepreise nicht gewirkt hat, dann wird man allerdings nicht vom Fleck kommen.

— Um der ständigen Abnahme des Fischreichthums in den Küstengewässern Frankreichs zu steuern, hat die Regierung der Republik die Einrichtung von Fischschonrevieren sowohl an den Küsten des Kanals und des Atlantischen Ozeans, als am Littoral des Mittelmeeres angeordnet. Diese Etablissements haben sich, wenn auch nur in beschränktem Maße, bewährt, ihre vollen Dienste aber können sie nur thun, wenn seitens der Berufsfischer die im Interesse der Erhaltung und Vermehrung des Fischbestandes erlassenen Reglements betreffend die Maschenweite der Netze, die Größe und das Gewicht der marktfähigen Fische 2c. gewissenhafte Nachachtung finden. Es soll zu diesem Behufe eine erheblich verschärfte Ueberwachung des Seefischereibetriebes durch staatliche Organe, event. durch Organisation einer eigenen Fischerei-Polizei platzgreifen.

— Ueber den Stand der handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zum Auslande am 1. Januar 1895 ist jüngst von amtlicher Stelle eine Zusammenstellung veröffentlicht. Danach sind für Deutschland Verträge maßgebend, in denen Zollzugeständnisse und die Meistbegünstigung eingeräumt sind, mit 8 Staaten und zwar: Belgien, Griechenland, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, Schweiz und Serbien. Alle diese Verträge laufen zunächst bis zum Ende des Jahres 1903, von da ab ein Jahr nach Kündigung, nur der Vertrag mit Griechenland läuft bis 2. März 1895, von da ab ein Jahr nach Kündigung. Verträge, in welchen Deutschland nur die Meistbegünstigung zugestanden hat, bestehen mit Egypten, Argentinien, Bulgarien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Frankreich, Großbritannien nebst Kolonien und auswärtigen Besitzungen, Guatemala, Hawaii, Honduras, Liberia, Madagaskar, Marokko, Mexiko, Niederlanden nebst Kolonien, Ostrumelien, Paraguay, Persien, Salvador, Schweden-Norwegen, Südafrikanischen Republik (Transvaal), Türkei, Uruguay, Vereinigten Staaten von Amerika und Sansibar. Verträge, in welchen Deutschland weder Zolltarifzugeständnisse, noch die Meistbegünstigung eingeräumt hat, laufen mit China, Japan, Kongo-Staat, Korea, Samoa, Siam und Spanien, soweit der Karolinen- und Palaos-, sowie der Sulu-Archipel in Frage kommen. Im Uebrigen herrscht mit Spanien Zollkrieg. Der Vertrag mit der Türkei vom 26. August 1890 ist vorläufig ohne den dazu gehörigen Konventionaltarif in Kraft gesetzt. Es bestehen daher zur Zeit noch die früheren 8 Prozent Werthzölle.

— Die Reorganisation der preußischen Fabrikaufsicht ist zwar gleichzeitig mit einer Neuordnung der Ueberwachung der Dampfkessel im laufenden Etatsjahre zu Ende geführt worden, jedoch wird es noch einige Jahre dauern, bis die Verhältnisse der in der Aufsicht verwendeten Beamten eine dauernde etatsmäßige Regelung erfahren haben werden. Außer den 26 in der Gewerbeinspektion angestellten Gewerberäthen fungiren gegenwärtig 100 Gewerbeinspektoren und eine große Anzahl von Assistenten. Die Gewerbeinspektoren sind nicht sämtlich schon etatsmäßig angestellt. Etwa ein Drittel versieht bisher die Dienstgeschäfte auftragsweise. Es kann natürlich nicht in der Absicht liegen, dieses Verhältniß zu einem dauernden zu machen. Deshalb ist denn auch im nächstjährigen Etat die Umwandlung von 10 dieser Stellen in etatsmäßige vorgesehen. Dazu kommt, daß sich die Zahl der auftragsweise beschäftigten Assistenten schon jetzt als unzureichend herausgestellt hat. Es ist deshalb die Schaffung von 8 neuen Assistentenstellen in Aussicht genommen. Der preußische Staat zahlt jetzt allein an Gehältern und Remunerationen für die in der Fabrikaufsicht thätigen Beamten über 653 000 Mark. Rechnet man die Summen dazu, welche für Wohnungsgeldzuschüsse, für Bureau- und Verwaltungskosten, Diäten und Reisekosten u. s. w. außerdem gebraucht werden, so wird man die Summe, welche Preußen jetzt jährlich für seine Fabrikaufsicht aufwendet, ziemlich genau auf $^3/_4$ Millionen schätzen.

Breslau, 18. Januar. Nach der „Bresl. Ztg." verlautet bestimmt, daß der kommandirende General des 6. Armeekorps, v. Lewinski, den Abschied nehmen und seinen Wohnsitz nach Burgwitz, Kreis Trebnitz, verlegen wird.

München, 18. Januar. Der Rücktritt des Chefs des baierischen Generalstabes, Generallieutenants v. Hoffmann, hat in weitern Kreisen überrascht. Er ist vor kurzem erst 62 Jahre alt geworden. Er hätte, wie der „Köln. Ztg." geschrieben wird, unter den obwaltenden Verhältnissen in Baiern dem Dienst nur erhalten bleiben können, was sehr wünschenswerth gewesen wäre, wenn entweder ein Korpskommando frei geworden, oder das Verhältniß des Generalstabschefs einerseits dem Kriegsminister gegenüber, anderseits zum Staatsoberhaupt geändert worden wäre. Das Freiwerden eines Generalkommandos in Baiern ist in kurzer Zeit nicht zu erwarten. Trotzdem wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, in der Leitung des Generalstabes keine Veränderung eintreten zu lassen. General v. Hoffmann ist nämlich erst seit Mai 1893 Generalstabschef und zugleich mit den Geschäften als Inspekteur der militärischen Bildungsanstalten beauftragt. Beide Wirkungsbereiche sind bekanntlich in Preußen getrennt. Hier untersteht das militärische Bildungswesen einer besonderen General-Inspektion. Obwohl nun in Baiern die Geschäfte — und dadurch auch die Verantwortung — des Generalstabschefs größer sind als in Preußen, hat der baierische Generalstabschef keine Immediatstellung zum Staatsoberhaupte und ist in allen Personenfragen vom Kriegsministerium abhängig. Der Zustand ist ungesund und unnatürlich. Ein Generalstabschef, der in Personenfragen seines Stabes nicht entscheidend ist, der keine Immediatstellung hat, kann für die Ausbildung des Generalstabes weder eine Gewähr übernehmen, noch dafür verantwortlich gemacht werden. Obwohl jeder Generalstabschef sich um die Immediatstellung bemüht hat, ist sie nicht gewährt worden. Diese schädliche Zentralisation wird gänzlich unhaltbar, wenn noch störende Dienstaltersverhältnisse dazu kommen. Der jetzige Kriegsminister, General von Asch, ist im Dienst-

alter jünger als der Generalstabschef, hat aber die Personalverhältnisse des Generalstabes unter sich. Schon seit der Ernennung des neuen Kriegsministers beabsichtigte General von Hoffmann seinen Abschied zu nehmen, es sei denn, daß ihm die seiner Stellung entsprechenden Rechte eingeräumt würden. Die Verderblichkeit des Abhängigkeitsverhältnisses des Generalstabschefs vom Kriegsminister hat übrigens General v. Hoffmann 1866 gründlich kennen zu lernen Gelegenheit gehabt. Er war damals Hauptmann im Stabe des Feldmarschalls Prinzen Karl von Baiern.

Oesterreich-Ungarn.

Pisino, 18. Januar. Die italienische Bevölkerung brachte den aus Parenzo zurückreisenden Landtagsabgeordneten Rizzi und Glezer Huldigungen dar und begleitete die Abgeordneten bis zum Bahnhofe. Bei der Rückkehr von dort durchzogen Burschen und Weiber unter großem Lärm und Abasso-Rufen auf den neuen Bürgermeister die kroatische Gemeindevertretung die Straßen. Zwei Burschen wurden festgenommen; die Nacht verlief vollkommen ruhig.

Pest, 18. Januar. In der heutigen Abendkonferenz der liberalen Partei stellte sich das Kabinet Banffy vor. Es wurde ausgezeichnet aufgenommen. Wesentlich in der Rede Banffys ist vornehmlich die Erklärung, die neue Regierung komme nicht mit einem neuen Programm, sondern sie halte an dem bisherigen fest und führe mit vollster Ueberzeugung die freisinnige Politik der Vorgänger weiter. Für diese Politik erbitte er die Unterstützung der liberalen Partei und versprach zugleich, die Partei möge dem zurücktretenden Kabinet Dank und Anerkennung aussprechen. Der König habe ihm einen großen Beweis seines Vertrauens gegeben, als er während der Krise ausschließlich mit der liberalen Partei die Lösung der Schwierigkeiten suchte. Die Partei möge diesem Vertrauen entsprechen und neuerdings ihren Regierungseifer bekunden. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf versicherte der Parteipräsident Daranyi die neue Regierung des Vertrauens und der patriotischen Unterstützung der Partei. Er erwähnte zugleich, daß das Haus demnächst einen Präsidenten und Vizepräsidenten zu wählen habe. Die Parteileitung im Verein mit dem Ministerpräsidenten schlägt für diese Stellen den ehemaligen Justizminister Szilagyi (stürmischer Applaus) und Albert Berzeviczy, den ehemaligen Staatssekretär des Kultusministeriums und intimsten Freund und Mitarbeiter des Grafen Csaky, des Urhebers der Kirchengesetze, vor. (Neuer anhaltender Beifall.) Nach diesen bedeutsamen Kundgebungen, welche zeigten, daß weder die Partei noch die Regierung von der bisherigen Linie abweichen wollen, wurde die Konferenz geschlossen. Die Stimmung ist wieder zuversichtlicher und hoffnungsvoller als in den ersten Tagen nach Ernennung Banffys. Man hofft, daß auch die morgige Vorstellung im Abgeordnetenhause ruhiger und glatter verlaufen werde, als nach den Aeußerungen der oppositionellen Presse zu erwarten gewesen war. Aus der Rede Banffys ist als besonders interessant zu erwähnen, daß er, der stets als Chauvinist galt, besonders betonte, er wünsche die gesetzlichen Rechte der Nationalitäten zu achten. Diese Erklärung ist offenbar bestimmt, in erster Reihe die Sachsen zu beruhigen, die übrigens bereits erklärten, daß für sie kein Anlaß vorliege, die Partei oder die Regierung zu verlassen.

Hermannstadt, 18. Januar. Der Großauer Kreisausschuß der sächsischen Reichstagswähler sprach sich dahin aus, daß angesichts des Kabinetswechsels bisher kein Grund für den Austritt der siebenbürgisch-sächsischen Abgeordneten aus der liberalen Partei vorliege.

Asien.

Shanghai, 18. Januar. General Nodzu und Marschall Oyama befinden sich in Port Tscheng, dort Kriegsrath mit Bezug auf vorzunehmende Operationen haltend. Die Chinesen haben im Mutschwang herum eine derartige Streitkraft gesammelt, daß eine unverzügliche Bewegung gegen sie erforderlich ist. Die Chinesen verfügen über 34 Bataillone mit 28 Feldgeschützen und Gatling-Kanonen bei Yenk-Kow. Diese Streitmacht ist unter Kommando von den Generälen Ma, Sung, Tschang, Kei, Ku. 6000 Chinesen rücken südwestlich von Tu-Kung-Sai heran, ein ferneres chinesisches Korps von 2000 Mann mit 5 Geschützen marschirt auf Hui-Tschang. In der Nähe dieses Ortes lagert außerdem eine chinesische Brigade von 4000 Mann. Die Chinesen sind ermuthigt durch die Schwierigkeiten, welche die rauhe Witterung den Bewegungen der Japaner bereitet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Januar. Die warme Witterung lockt immer mehr Frühlingsboten etwas verfrüht heraus, welche sich in unserer Redaktion Rendezvous geben. Heute wurde uns wieder ein Schmetterling überbracht, der auf einem Neubau in der Friedrich Karlstraße eingefangen wurde, es ist ein kleiner Fuchs (Vanessa urticae L.).

— Die städtischen Behörden werden sich in nächster Zeit wieder mit der Eingemeindung Grabows zu beschäftigen haben; für dieselbe hat sich, wie wir hören, neuerdings das Ministerium des Innern sehr entschieden ausgesprochen und die königl. Regierung hat sich in Folge dessen an den Magistrat gewandt, um die Angelegenheit aufs neue zur Verhandlung zu bringen. Die Bewohner von Grabow tragen sich mit der sicheren Hoffnung, daß diese Verhandlungen zur Einverleibung führen werden. — Wir wollen denselben keine Enttäuschung bereiten, bezweifeln aber, daß diese Hoffnung so schnell in Erfüllung gehen wird.

— Am Sonnabend, den 24. d. Mts., wird der Geschichtsprofessor der Universität Greifswald, Dr. R. Schmitt, der schon in verschiedenen Städten Pommerns mit großem Beifall aufgenommene Vorträge zum Besten des evang. Hülfsvereins gehalten, einen solchen über das Thema: „Wie Napoleon III. Kaiser der Franzosen wurde", halten. Der Vortrag findet in der Aula des Marienstiftsgymnasiums statt. Möge derselbe in weiteren Kreisen Beachtung finden.

— Im Herbst d. J. werden hierselbst wieder Zirkus-Vorstellungen stattfinden und zwar wird der Zirkus Busch einen Cyklus von Vorstellungen hier veranstalten. Wie Herr Busch hat, den Zirkus in der Bismarckstraße für das letzte Quartal d. J. gepachtet.

— Die hiesige Abtheilung der Deutschen Kolonialgesellschaft, die viele unserer ersten Bürger zu ihren Mitgliedern zählt, hat [illegible] Mitglieder zuzuzählen. Gegen einen jährlichen Beitrag von 3 Mark haben dieselben das Recht, den Vorträgen des Vereins unentgeltlich beizuwohnen, sonstige Verpflichtungen übernehmen sie nicht. Anträge um Zulassung sind zu richten an Herrn Regierungsrath Dr. Jacobi, Deutschestraße 11, und Herrn Dr. med. Sprenger, Schulzenstraße 43—44. Es wäre zu wünschen, daß recht viele von dieser Gelegenheit Gebrauch machten. Auch wollen wir schon jetzt nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß am nächsten Donnerstag von der Abtheilung wiederum ein Damenabend veranstaltet werden wird, in dem Herr Dr. Sprenger über die wirthschaftliche Lage in Deutsch-Ost-Afrika und Südwestafrika sprechen wird. Der rührigen Abtheilung, die sich mit der größten Hingabe bemüht, den kolonialen Gedanken in immer weitere Kreise zu tragen, wäre ein gut besuchter Vortragsabend zu wünschen.

— Wie das „Kreisbl. Kr.-Bl." mittheilt, zirkulirt im Wahlkreise Kammin-Greifenberg augenblicklich eine Petition an den Reichstag, ausgehend von Männern verschiedener Berufsklassen im diesseitigen Kreise, in welcher der Reichstag gebeten wird, das demselben vorliegende Umsturzgesetz anzunehmen oder doch nur in soweit abzuändern, daß es den Regierungen eine wirksame Waffe bleibe gegen alle auf den Umsturz der bestehenden Rechtsverhältnisse gerichteten Bestrebungen.

* In einem Detailgeschäft am Bollwerk 21 wurde ein falsches Zweimarkstück vereinnahmt.

* Eine im Hause Rosengarten 49 wohnhafte Arbeitersfrau hat der Polizei angezeigt, daß ihr Pflegekind, der siebenjährige Willy Petermann, seit dem 15. d. Mts. verschwunden ist.

* Auf der Grabowerstraße verunglückte gestern Nachmittag ein vor eine Kehrmaschine gespanntes Pferd. Dasselbe erlitt durch den Sturz einen Beinbruch und mußte getödtet werden.

* Am 17. d. Mts. begab sich der Eigenthümer Johann Apfelberg aus Damussen bei Jasenitz mit einer Anzahl Schweine auf den Weg nach Stettin, er soll noch in Torney gesehen worden sein, über seinen ferneren Verbleib hat man noch nichts erfahren können. Es scheint aber hier angekommen zu sein, noch ist er nach Hause zurückgekehrt.

— Die Deutsche Turnerschaft hat 1894 nach dem Jahresbericht ihres Geschäftsführers Dr. Götz Einnahmen von 53 224 und Ausgaben von 15 065 Mark gehabt; der Kassenbestand umfaßte am 1. Januar 38 158,75 Mark. Die Stiftung für die Errichtung deutscher Turnstätten hatte ein Gesamtvermögen von 32 608,46 Mark. Die Sammlungen für den Bau der Jahnturnhalle in Freyburg a. U. hatten Einnahmen von 33 776, Ausgaben von 32 714 und einen Bestand von 1031 Mark. Für das Georgii-Denkmal in Eßlingen waren bis 1. Januar 6053 Mark gesammelt. Der Archivbestand umfaßt 5360 Stücke, ca. 300 mehr als im Vorjahre. Verliehen wurden 356 Bücher und Pläne an 53 Personen.

— Nach einer Mittheilung der königlichen Oberpostdirektion hierselbst ist es nicht angängig, daß die an das hygienische Institut in Greifswald von Aerzten unserer Provinz zur Untersuchung auf Diphtherie zu sendenden Holzklötzchen, welche mit diphtherieverdächtigem Material in Berührung gebrachte und in Reagensgläschen eingeschlossene Glasstäbe enthalten, die Bezeichnung „Muster ohne Werth" oder „Waarenproben" tragen. Die Holzklötze mit ihrem Inhalte können nur als geschlossene doppelte Briefe — 20 Pfennige Porto — oder als Packete verschickt werden.

— Ein für Militäranwärter wichtiger Erlaß ist neuerdings seitens des Ministeriums herausgegeben worden. Nach einem früheren Erlasse ist die Anrechnung der über 6 Jahre hinausgehenden diätarischen Dienstzeit bei der Gehaltsbemessung nach Dienstaltersstufen für die mittleren Beamten unabhängig und neben der nach Nr. 3 der unterm 14. Dezember 1891 allerhöchst genehmigten Bestimmungen zulässigen Anrechnung einer gewissen Zeit des Militärdienstes zu bewirken. Während aber die Anrechnung diätarischer Dienstzeit nicht nur den für die Folge anzustellenden, sondern auch den zur Zeit schon angestellten Beamten zu Theil werden soll, sind von der Anrechnung der Militärdienstzeit die bis zum 1. Januar 1892 angestellten Militäranwärter ausgeschlossen, da nach Nr. 6 jener Bestimmungen das Dienstalter eines Beamten nicht früher als vom 1. Januar 1892 bestimmt werden darf. Für die Uebergangszeit kann hierdurch der Fall eintreten, daß früher angestellte Beamte von später angestellten gleichaltrigen oder dienstjüngeren Beamten derselben Anwärterklasse im Besoldungsdienstalter überholt werden. Um das zu verhüten, ist bestimmt worden, daß das Besoldungsdienstalter der auf diese Weise von gleichaltrigen oder dienstjüngeren Beamten derselben Anwärterklasse überholten Beamten so weit vorzudatiren ist, daß eine Ueberholung nicht mehr vorliegt. Die hiernach einzelnen Beamten noch zustehenden Beträge sollen schleunigst nachgezahlt werden.

— (Personal-Chronik.) Der Regierungs-Referendar von Unger von der königlichen Regierung zu Stettin ist nach bestandener zweiter Staatsprüfung zum Regierungs-Assessor ernannt und als solcher dem Landrath des Oberlahnkreises in Weilburg zur Hülfeleistung in den landräthlichen Geschäften zugetheilt. Für den Amtsbezirk Crien, Kreis Anklam, ist der Rittergutsbesitzer Dudy zu Preetzen zum Amtsvorsteher-Stellvertreter ernannt worden. An dem königlichen Gymnasium zu Greifenberg i. Pom. ist der technische und Elementarlehrer Karl Todt zum 1. April 1895 in den Ruhestand versetzt.

Aus den Provinzen.

† **Pyritz**, 18. Januar. Das neue Jahr wird uns die Wohlthat eines öffentlichen Schlachthauses bringen. Dasselbe wird in der Werderstraße auf dem vor einigen Jahren von der Stadt gekauften Dütschen Grundstücke angelegt werden. Die Ausschreibung der Maurerarbeiten ist bereits erfolgt. Natürlich hat es nicht an Gegnern einer solchen Einrichtung gefehlt. Daß es dem Magistrat gelungen ist, den Widerstand zu brechen, bestärkt die Bürgerschaft in der Hoffnung, daß es ihm auch glücken wird, die so nothwendige Kanalisation durchzuführen. Nicht minder würden sich die städtischen Behörden um die Stadt verdient machen, wenn sie eine bessere Verbindung zwischen Stettin und Pyritz durchsetzten. Es erscheint unglaublich, ist aber buchstäblich wahr, daß man von Stettin aus Pyritz erst um 1 Uhr Mittags erreicht; wer früher dort etwas zu thun hat, muß schon Tags vorher die Reise antreten und entweder in Stargard oder in Pyritz übernachten. Es nutzt dem Reisenden nichts, wenn er den 5 Uhr 25 Minuten aus Stettin abgehenden Frühzug benutzt, denn wenn er in Stargard ankommt ist der Pyritzer Zug längst fort. Dieser geht nämlich schon um 4 Uhr 15 Minuten ab. Wie viel Personen er im Winter befördert, das festzustellen würde nicht viel Zeit erfordern.

Greifswald, 18. Januar. Nach dem Staatshaushaltsetat für 1895—96 ist die Errichtung eines neuen Lehrstuhls für unsere Universität in Aussicht genommen, ein Extraordinariat für neutestamentliche Theologie und Exegese. Für Ende Februar ist hierselbst durch die Korporationen akademisch-theologischer Verein, Verein deutscher Studenten, Theologische Gesellschaft, Sedinia und Wingolf eine Aufführung der „Antigone" von Sophokles mit den Mendelssohnschen Chören geplant, wobei die weiblichen Rollen von Damen hiesiger Stadt übernommen werden.

○ **Demmin**, 18. Januar. Die Geschäfte der Lokal-Domänen-Verwaltung im ehemaligen Amt Demmin sind vom 1. Januar d. J. ab dem Kreis-Sekretär Köpke hierselbst übertragen worden.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 18. Januar. Der Kassenrendant des königl. Leihamtes in der Linienstraße Albert Klasse ist gestern verhaftet worden. Er wird beschuldigt, 8000 Mark amtlicher Gelder unterschlagen zu haben. In seiner in der Elsasser Straße belegenen Wohnung erschienen der Staatsanwalt Benedix, der Gerichtsassessor Dr. Motz und ein Polizeilieutenant, um eine Haussuchung dahin vorzunehmen, ob von der unterschlagenen Summe noch Geld oder Werthpapiere vorhanden seien. Wie verlautet, ist diese Untersuchung ohne Erfolg geblieben. Der ungetreue Beamte wurde krank im Bette liegend angetroffen. Nach ärztlichem Gutachten ist er von einem Herzleiden, einer Nieren- und einer Lungenkrankheit befallen. Klasse soll eingeräumt haben, die Unterschlagung im Amte begangen zu haben, und mußte daher in Haft genommen werden. Da aber sein Zustand eine andere Ueberführung in das Untersuchungsgefängniß nicht zuließ, so mußte der Kopp'sche Krankenwagen geholt werden, um ihn nach der Krankenabtheilung des Gefängnisses zu bringen.

— Nachrichten aus Odessa melden, daß in der Stadt Sinope an der asiatischen Küste des Schwarzen Meeres ein großer Brand ausgebrochen ist.

Pest, 19. Januar. In einem hiesigen Hotel hat der Schuhmacher Anton Ollar seine Geliebte Balofski und dann sich selbst erschossen. Aus einem zurückgelassenen Briefe geht hervor, daß Ollar seine Geliebte, welcher er Untreue vorgeworfen, wider ihren Willen tödtete.

— (Unverfroren.) „Wie können Sie sich unterstehen, hier im Wirthshaus um die Hand meiner Tochter anzuhalten!" — „Nun, ich dachte, dann gings mit der Zeche so in einem hin."

Börsen-Berichte.

Stettin, 19. Januar.

Wetter: Bewölkt. Temperatur + 2 Grad Reaumur, Nachts — 3 Grad Reaumur. Barometer 764 Millimeter. Wind: SW.

Weizen still, per 1000 Kilogramm loko geringer 120,00—126,00, guter 129,00—136,00, per April-Mai 139,50 B. u. G., per Mai-Juni 140,50 B. u. G.

Roggen still, per 1000 Kilogramm loko 111,00—116,00, per April-Mai 117,50 bez., per Mai-Juni 118,25 bez., per September-Oktober 121,50 bez.

Hafer unverändert, per 1000 Kilogramm 104,00—110,00.

Gerste unverändert, per 1000 Kilogramm loko pommersche 110,00—122,00, Märker 115,00 bis 145,00, polnische —,—.

Spiritus fester, Termine ohne Handel, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,1 bez.

Rüböl ohne Handel.

Petroleum ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 128—136. Roggen 112—116. Gerste 114—116. Hafer 108—112. Rübsen —. Heu 1,50—2,00. Stroh 20—22. Kartoffeln 36—45.

Berlin, 19. Januar.

Weizen per Mai 140,25 bis 139,50 per Juni 140,25.

Roggen per Mai 118,50 bis 118,00 per Juni —,—.

Rüböl per Januar 43,30, per Mai 43,50.

Hafer per Mai 114,75 per Juni 115,75.

Mais per Januar 107,00, per Mai 108,00.

Spiritus loko 70er 32,20, per Januar 70er 36,60, per Mai 70er 37,70.

Petroleum per Januar 19,70.

London, 19. Januar. Wetter: Regnerisch.

Berlin, 19. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	105 90	London lang	20 37
do. do 3½%	104 70	Amsterdam kurz	169 00
do. do. 3%	96 90	Paris kurz	81 15
Deutsche Reichsanl. 3%	96,60	Belgien kurz	81 05
Pomm. Pfandbriefe 3½%	102,75	Berliner Dampfmühlen	117,25
do. do. 3%	96.00	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	70 00
do. Landescred.-B. 3½%	102,90	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	232 75
Centrallandsch.Pfdbr. 3½%	103,00	„Union", Fabrik chem. Produkte	131 00
do. 3%	95,80	Barziner Papierfabrik	144 50
Italienische Rente	86 50	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	104 60
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,40	Stett. Stadtanleihe 3½%	102 50
Ungar. Goldrente	102,10	**Ultimo-Kourse:**	
Rumän. 1881er am. Rente	98,40	Disconto-Commandit	205,60
Serbische 5% Tab.-Rente	79,90	Berliner Handels-Gesellsch.	153 50
Griech. 5% Goldr. v. 1890	—,—	Oesterr. Credit	249 20
R. m. amort. Rente 4%	86 00	Dynamite Trust	147,90
Ruff. Boden-Credit 4½%	104,80	Bochumer Gußstahlfabrik	137.25
do. do von 1880	102,00	Laurahütte	122 75
Mexikan. 6% Goldrente	72 50	Harpener	137 00
Oesterr. Banknoten	164,25	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	129,40
Ruff. Banknoten Cassa	219 75	Dortm. Union St.-Pr. 6%	62.50
do. do Ultimo	219 75	Ostpreuß. Südbahn	90,00
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	108 10	Marienburg-Mlawkabahn	80.10
do. (100) 4%	— —	Mainzerbahn	123 90
do. (100) 4%	104 00	Norddeutscher Lloyd	87,50
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,25	Lombarden	43,40
Stett. Vulc.-Act. Littr. B	125 75	Luxemb. Prince-Henribahn	99 10
Stett. Vulc.-Prioritäten	146 75		
Petersburg kurz	219 40		
London kurz	20 41		

Tendenz: Flau.

Paris, 18. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Matt.

	18.	17.
3% amortisirb. Rente	101,00	100,85
3% Rente	102,05	102,15
Italienische 5% Rente	85,35	85,65
4% ungar. Goldrente	101,03	101,25
4% Russen de 1889	101,50	101,50
3% Russen de 1894	64,70	64,80
4% Russen de 1891	87,65	87,75
4% unifiz. Egypter	105,10	104,95
4% Spanier äußere Anleihe	73,50	73,87
Convert. Türken	26,22½	26,37½
Türkische Loose	126,40	128,00
4% privil. Türk.-Obligationen	490,50	495,00
Franzosen	816 25	823,75
Lombarden	231,25	232,50
Banque ottomane	678,00	681,00
„ de Paris	730,00	732,00
Debeers	496,00	495,00
Credit foncier	900,00	902,00
Huanchaca	175,00	176,00
Meridional-Aktien	—,—	616,00
Rio Tinto-Aktien	375,00	375,60
Suezkanal-Aktien	3080,00	3080,00
Credit Lyonnais	820,00	822,00
B. de France	3700,00	3770,00
Tabacs Ottom	478 00	478 00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122¹¹/₁₆	122¹¹/₁₆
Wechsel auf London kurz	25,15½	25,16
Cheque auf London	25,17	25,17½
Wechsel Amsterdam k.	206,43	206,43
„ Wien k.	200,50	200,37
„ Madrid k.	446,00	446,50
„ Italien	6,00	6,00
Robinson-Aktien	197,00	198,43
Portugiesen	24,81	24,87½
Portugiesische Tabaksoblig.	437,00	441 00
Privatdiskont	1,62	1,75

Posen, 18. Januar. **Spiritus** ohne loko Faß 50er 48,90, do. loko ohne Faß 70er 29,40. Unverändert. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 18. Januar, Nachmittags 3 Uhr. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 75,50, per Mai 75,50, per September 75,00, per Dezember 73,50. — Schleppend.

Hamburg, 18. Januar, Nachmittags 3 Uhr. **Zuckermarkt.** (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg, per Januar 8,85, per März 8,90, per Mai 9,05, per August 9,30. — Ruhig.

Bremen, 18. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes **Petroleum**. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Ruhig. Loko 5,25 B. — **Baumwolle** stetig.

Wien, 18. Januar. **Getreidemarkt.** **Weizen** per Frühjahr 6,74 G., 6,76 B., per Mai-Juni 6,84 G., 6,86 B. **Roggen** per Frühjahr 5,72 G., 5,74 B., per Mai-Juni 5,82 G., 5,84 B. **Mais** per Mai-Juni 6,41 G., 6,43 B. **Hafer** per Frühjahr 6,17 G., 6,19 B., per Mai-Juni 6,27 G., 6,29 B.

Amsterdam, 18. Januar, Nachmittags. **Getreidemarkt.** **Weizen** auf Termine flau, per März 135,00, per Mai 137,00. **Roggen** loko träge, do. auf Termine etwas niedriger, per März 95,00, per Mai 97,00. **Rüböl** loko 22,25, per Mai 21,62, per Herbst 21,62.

Amsterdam, 18. Januar. **Java-Kaffee** good ordinary 52,25.

Amsterdam, 18. Januar. **Bancazinn** 36,50.

Antwerpen, 18. Januar. **Getreidemarkt.** **Weizen** flau. **Roggen** flau. **Hafer** ruhig. **Gerste** ruhig.

Antwerpen, 18. Januar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. **Petroleummarkt.** (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14,25 bez. u. B., per Januar 14,25 B., per Januar-März 14,25 B., per September-Dezember 14,87 B. — Fest.

Paris, 18. Januar, Nachm. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) **Weizen** ruhig, per Januar 19,35, per Februar 19,40, per Januar-April —,—, per März-Juni 19,50, per Mai-August 19,55. **Roggen** ruhig, per Januar 11,40, per März-Juni —,—, per Mai-August 12,00. **Mehl** matt, per Januar 44,20, per Februar 44,30, per Januar-April —,—, per März-Juni 44,20, per Mai-August 44,30. **Rüböl** steigend, per Januar 56,75, per Februar 54,50, per Januar-April —,—, per März-Juni 51,25, per Mai-August 48,75. **Spiritus** ruhig, per Januar 34,00, per Februar 33,75, per Januar-April —,—, per März-April 33,75, per Mai-August 33,50. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 18. Januar, Nachmittags. **Rohzucker** (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 23,50 bis 24,00. **Weißer Zucker** behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 25,37½, per Februar 25,62½, per März-Juni 26,12½, per Mai-August 26,50.

Havre, 18. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) **Kaffee** good average Santos per Januar 92,25, per März 92,25, per Mai 92,50. Ruhig.

London, 18. Januar. **Kupfer**, Chili good ordinary brands 41 Lstr. — Sh. — d. **Zinn** (Straits) 60 Lstr. 2 Sh. 6 d. **Zink** 14 Lstr. 7 Sh. 6 d. **Blei** 9 Lstr. 15 Sh. — d. **Roheisen.** Mixed numbers warrants 41 Sh. 8 d.

London, 18. Januar, Nachmittags 4 Uhr 20 Min. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Markt träge, Weizen ¼—½ Sh., Mais ¼ Sh. niedriger. Angekommene Weizenladungen geschäftslos, Kalifornier ungefähr zu 25 Sh. verkauft.

Fremde Zufuhren: Weizen 36 280, Gerste 9380, Hafer 65 620 Quarters.

London, 18. Januar. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Milde.

London, 18. Januar. 6proz. **Javazucker** loko 11,25, ruhig. **Rübenrohzucker** loko 8,75, ruhig. **Centrifugal-Cuba** 10,75.

London, 18. Januar. **Chili-Kupfer** 10,87, per drei Monat 41,25.

Liverpool, 18. Januar. **Getreidemarkt.** Weizen ½ d und Mais 1 d niedriger. Mehl geschäftslos. — Wetter: Schön.

Glasgow, 18. Januar, Nachm. **Roheisen.** (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 8 d.

Glasgow, 18. Januar. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 287 448 Tons gegen 319 532 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 73 gegen 52 im vorigen Jahre.

Newyork, 18. Januar. (Anfangs-Kourse.) **Weizen** per Mai 62,12. **Mais** per Mai 51,25.

Newyork, 18. Januar, Abends 6 Uhr.

	18.	17.
Baumwolle in Newyork	5,75	5,75
do. in Neworleans	5³/₁₆	5³/₁₆
Petroleum stetig, Rohes	6,50	6,50
Standard white in Newyork	5,80	5,80
do. in Philadelphia	5,75	5,75
Pipe line certificates	96,00	96,75
Schmalz Western steam	7,00	7,00
do. Lieferung per Januar	7,00	7,00
Zucker Fair refining Moscovados	2,62	2,62
Weizen träge, kaum behauptet.		
Rother Winter- loko	62,50	62,50
per Januar	60,87	60,87
per Februar	61,25	61,25
per März	61,75	61,87
per Mai	62,25	62,25
Kaffee Rio Nr. 7 loko	16,00	16,00
per Februar	14,35	14,30
per April	14,15	14,20
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,40	2,40
Mais träge, per Januar	51,37	51,25
per Februar	51,12	51,12
per Mai	51,12	51,25
Kupfer: höchster Preis	10,00	10,00
Getreidefracht nach Liverpool	1,75	1,75

Chicago, 18. Januar.

	18.	17.
Weizen stetig, per Januar	54,12	54,00
do. per Mai	57,62	57,75
Mais beh., per Januar	45,25	45,25
Pork per Januar	11,22	11,35
Speck short clear	nom.	nom.

Wollberichte.

London, 18. Januar. Wollauktion. Preise unverändert.

Berlin, 18. Januar.

Butter-Wochen-Bericht

von Gebrüder Lehmann u. Co., NW. 6, Luisenstraße 43—44.

Die Verflauung des Marktes machte weitere Fortschritte. Während in der vorigen Woche noch manches nach Hamburg, zumeist zu Backzwecken, abgestoßen werden konnte, versagte neuerdings auch dieser Abzug, da der Export nach England stockt. Der hiesige Konsum vermochte aber die großen Ankünfte nicht zu verbrauchen, es bildeten sich Uebelstände, die bei der Preisfeststellung nicht unberücksichtigt bleiben konnten und so ist denn die Notirung wieder um 2 Mark ermäßigt worden.

Die hiesigen Engros-Verkaufspreise im Wochendurchschnitt sind: für feine und feinste Sahnenbutter von Gütern, Milchpachtungen und Genossenschaften (Alles per 50 Kilogramm): Ia. 90, IIa. 78, IIIa. —, abfallende 72 Mark.

Wasserstand.

Stettin, 19. Januar. Im Revier 16 Fuß 3 Zoll = 5.29 Meter.

Amtlicher Ostsee-Eisbericht

des Küstenbezirks-Amt II. zu Stettin für den 19. Januar, 8 Uhr Morgens.

Memel: Seetief eisfrei.
Nidden: Haff starke Eisdecke.
Pillau und Königsberg: Einfahrt eisfrei, Eis, Haff und Pregel nimmt ab, nach Königsberg Eisbrecherhülfe erforderlich.
Neufahrwasser: Hafenkanal wenig Treibeis.
Kolberg: Eisfrei.
Swinemünde: See und Fahrwasser bis zur Kaiserfahrt eisfrei, Schifffahrt nach Stettin nur mit Hülfe von Eisbrechern möglich.
Greifswalder Oie: Eisfrei.
Thiessow: Leicht zusammengeschobenes Eis im nördlichen Bodden.
Arkona: Eisfrei.
Wittower Posthaus: Nordrevier eisfrei. Südrevier für Dampfer passirbar.
Barhöft: Einfahrt eisfrei, Revier feste Eisdecke.
Darßerort: Eisfrei.
Warnemünde: Warnowfahrrinne für Frachtdampfer passirbar.
Untereider für stärkere Dampfer passibar.
Küste und Häfen von Travemünde bis dänische Grenze eisfrei.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 19. Januar. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Petersburg, daß die russische Presse die Krise in Frankreich im Allgemeinen ruhig beurtheilt, jedoch vielfach ihrem tiefen Bedauern über die Instabilität der dortigen Verhältnisse Ausdruck giebt. Einige Blätter befürchten sogar ernste Erschütterungen in Frankreich.

Nürnberg, 19. Januar. Wegen strenger Strafbestimmungen ist in der Fabrik von Herbert Willmann u. Coocer ein Streik ausgebrochen. 180 Arbeiter, die Hälfte des beschäftigten Personals, sind ausständig.

Stuttgart, 19. Januar. Die hiesige Kunstgenossenschaft beschloß die Veranstaltung einer großen internationalen Kunstausstellung für den Sommer 1896.

Troppau, 19. Januar. Die neugeborene Tochter Baron Seefrieds ist erkrankt. Professor Wiederhofer ist aus Wien berufen.

Olmütz, 19. Januar. Wegen Beleidigung des Kaisers sind vier Schuhmachergesellen verhaftet. Bei erfolgter Haussuchung fand die Polizei zahlreiche anarchistische Schriften. Viele Personen sind kompromittirt und weitere Verhaftungen stehen noch bevor.

Brüssel, 19. Januar. Wie bestimmt verlautet, wird die Regierung demnächst einen Gesetzentwurf in der Kammer einbringen, die Reform der Zolltarife betreffend. Danach sollen mit Eingangszöllen belegt werden: Getreide, Margarine, Butter, Schmalz, Hafer und Gerste. Bei der Rechten der Kammer soll für diese Schutzzölle eine Mehrheit bestehen.

Paris, 19. Januar. Die Botschaft des Präsidenten wird nicht, wie sonst üblich, sofort, sondern erst zusammen mit der Deklaration des Programms des neuen Kabinets erfolgen.

Paris, 19. Januar. Die radikale Presse ist über die Frage, ob Bourgeois die Bildung eines neuen Kabinets übernehmen soll, sehr getheilt. Floquet ist der Ansicht, daß die radikale Mehrheit dem neuen Präsidenten die Unterstützung verweigern soll. Der Präsident der Republik müsse sein Kabinet aus der Mehrheit bilden, welche ihn gewählt hat. Bourgeois konferirte gestern länger als eine Stunde mit dem Präsidenten Faure und hat von diesem Bedenkzeit für die Bildung des Kabinets erhalten. Wenn Bourgeois die Bildung übernimmt, wird das Kabinet noch heute ernannt werden.

Rom, 19. Januar. Das Begräbniß des ermordeten Oberstaatsanwalts Celli findet, in Folge einer Verfügung Crispis, auf Staatskosten statt.

London, 19. Januar. Die Thronrede wird bei der Eröffnung der diesjährigen Session die Frage, die Reform der Lordkammer betreffend, nicht berühren. Die Regierung wird dadurch verhüten, daß der Führer der Opposition, Balfour, die Krisis herbeiführt, die er, wie er sich geäußert, herbeiführen wollte, ehe noch die parlamentarischen Arbeiten angefangen würden.

Athen, 19. Januar. Die auswärts verbreiteten Gerüchte von dem angeblichen Ausbruch einer Revolution sind vollständig erfunden. Im ganzen Lande herrscht Ruhe.